

## Konferenz in Dresden „Vom 1. Weltkrieg bis zum Kalten Krieg. Im Spannungsfeld von Erinnern und Gedenken an russische Soldaten und Bürger, die in Deutschland ihre letzte Ruhe fanden“

Am 30. und 31. August 2014 fand im Goethe-Institut auf Einladung des Dresdner Deutsch-Russischen Kulturinstituts in Dresden die Konferenz „Vom 1. Weltkrieg bis zum Kalten Krieg. Im Spannungsfeld von Erinnern und Gedenken an russische Soldaten und Bürger, die in Deutschland ihre letzte Ruhe fanden“ statt.

Zu Beginn der Konferenz erinnerte der Vorsitzende des Deutsch-Russischen Kulturinstituts Wolfgang Schälike daran, daß das 20. Jahrhundert geprägt war von Kriegen, und so stelle sich die Frage, wie man das Gedenken an die Toten bewahren könne, auch um aus der Erinnerungskultur Lehren für das Handeln in der Gegenwart zu ziehen.

Fritz Arendt, Referatsleiter im sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, überbrachte die Grüße von Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange. Er erinnerte daran, daß im 19. Jahrhundert geschlossene Verträge noch heute gelten, und diese Verträge ein Mindestmaß an Schutz für Kriegsgefangene bieten würden. Gerade auch vor diesem Hintergrund werde die gesamte Menschenverachtung des Nationalsozialismus beim Umgang mit Kriegsgefangenen deutlich. Arendt berichtete, daß sich die Sächsischen Gedenkstätten mit Forschungen zum Schicksal russischer Kriegsgefangener befaßten. Dabei kooperiere man eng mit deutschen Institutionen sowie Einrichtungen in Rußland und anderen GUS-Staaten.

Botschaftsrat Oleg Ksenofontow, Direktor des Russischen Hauses der Wissenschaft und Kultur in Berlin, überbrachte die Grüße des russischen Botschafters Wladimir Grinin und verwies auf eine am Tag zuvor in Berlin stattgefundene Konferenz zu Sicherheitsfragen. Die Konferenz in Dresden sei in gewisser Weise eine Fortsetzung dieser Konferenz. Denn mit Blick auf die Geschichte gab es immer wieder Konflikte

zwischen Deutschland und Rußland, und der Blick darauf und die Erinnerung daran seien für das heutige Verständnis des Zusammenlebens der Völker wichtig.

Der Kulturbürgermeister Dresdens Rolf Lunau erinnerte daran, daß die Konferenz vor dem Hintergrund dreier wichtiger Ereignisse, die das Leben Dresdens geprägt haben, stattfindet – 100 Jahre 1. Weltkrieg, 75 Jahre 2. Weltkrieg und 20 Jahre Abzug der Westgruppe der Streitkräfte. Die Stadt als Standort der Rüstungsindustrie war Ziel kriegerischer Handlungen, zudem war sie vor dem 2. Weltkrieg zu einem der größten Kasernenstandorte Europas ausgebaut worden. Letztlich kulminierte diese Entwicklung in der Zerstörung Dresdens im Februar 1945. Lunau wies darauf hin, daß Dresden seine Städtepartnerschaften als wichtiges Element sehe, es neben konkreter Arbeit aber auch der Erinnerungsarbeit und der Entwicklung einer Gedenkkultur bedürfe.

Das erste Podium der Konferenz widmete sich dem Thema „Der in Rußland ‚vergessene‘ Krieg, die Toten des 1. Weltkriegs und der Umgang mit der Erinnerung“. Die vier Podiumsteilnehmer hatten zunächst Gelegenheit, in Kurzvorträgen ihre Haltung zum Thema darzulegen.

Alexej Gromyko, amtierender Direktor des Zentrums für Europastudien der Russischen Akademie der Wissenschaften und Leiter der Internationalen Programme der Stiftung „Russki mir“, erinnerte daran, daß die Geschichte Deutschlands und Rußlands eng verbunden sei. Mit Blick auf den 1. Weltkrieg führte er aus, daß der Krieg nicht als ein Kette von Ereignissen begann, sondern aus dem Wettbewerb der Großmächte entstand. Das Jahr 1914 sei aus seiner Sicht ein symbolischer Punkt, von dem aus die Geschichte neu gedacht werden müsse. Noch heute werde unter den Historikern über die Natur dieses Ereignisses gestritten, doch mit Blick auf die Gegenwart entstehe die Frage, ob die Ukraine der Funke ist, der heute wieder zu einem Krieg führen kann, gerade auch vor dem Hintergrund der zahlreichen eingefrorenen Konflikte in Europa. Aus seiner Sicht sei die

Kernfrage: Was ist der Platz, was ist die Rolle Rußlands im großen Europa? Aus Sicht Gromykos war der 1. Weltkrieg der erste Teil des 30jährigen Krieges, der 1945 endete; damals ging es um die Rolle Deutschlands. Seitdem gehe es eigentlich um die Rolle Rußlands, spätestens seit dem Zerfall der UdSSR und den Opfern in den Auseinandersetzungen in den Nachfolgestaaten. Der Anfang des 20. Jahrhunderts ähnele dem des 21. Jahrhunderts mit vielen Konflikten (Karabach, Bosnien ...)



und auch weil einige europäische Länder wieder bereit seien, Kriege zu führen (Italien-Libyen-Krieg 1911, Libyen-Krieg 2011). Weiter führte er aus, daß die Sowjetunion früher revolutionäre Regierungen unterstützt habe, heute hätten sich die Rollen vertauscht, denn Berlin, Paris und Warschau stützten in Kiew die Opposition gegen die legitime Regierung. Gromyko schloß mit der Bemerkung, daß „die Beziehungen zwischen Rußland und der EU noch nie so schwierig waren wie heute.“

Horst Schneider, Historiker und ehemaliger Sektionsdirektor an der Pädagogischen Hochschule Dresden, befaßte sich mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939, was sich allerdings nicht auf die Themenstellung des Podiums bezog. Dabei ging er der Frage nach, daß letztlich die Sieger darauf Einfluß nehmen, was überliefert werde beziehungsweise wie die Erinnerungskultur aussehe. Dabei zitierte er Voltaire: „Geschichte ist die Lüge, auf die man sich geeinigt

hat“ und Churchill: „Die Geschichte wird uns glimpflich beurteilen, wenn ich sie selbst schreibe“. Damit warf er auch einen Blick auf das gegenwärtige Geschichtsbild, darunter beispielsweise die Beurteilung der deutsch-sowjetischen/russischen Beziehungen, der Revolution, der Rapallo-Politik und auch des Nichtangriffspaktes.

Alexander Makarytschew, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Kaliningrader Kunst- und Geschichtsmuseums, führte an, daß

Alexej Gromyko führte aus, daß der 1. Weltkrieg der erste Teil des 30jährigen Krieges gewesen sei, der 1945 endete. Damals ging es um die Rolle Deutschlands, seitdem um die Rolle Rußlands in Europa

das Gebiet Kaliningrad das einzige Gebiet der heutigen Russischen Föderation sei, auf dem im 1. Weltkrieg kriegerische Handlungen stattfanden. Er berichtete über den Weg der 2. Armee unter General Samsonow bis zur Schlacht bei Tannenberg. Er machte darauf aufmerksam, daß das erste Denkmal in der Russischen Föderation für Soldaten im 1. Weltkrieg im Jahr 2014 gerade im Kaliningrader Gebiet enthüllt worden sei.

Lutz Schubert, Mitglied des Geschichtsvereins „Truppenübungsplatz Königsbrück“, berichtete über die Arbeit rund um den Truppenübungsplatz in Königsbrück und dem Kriegsgefangenenfriedhof. Ab 1892 wurde der Schießplatz gebaut, später kamen drei große Kasernen hinzu. Danach wurde dort auch ein Kriegsgefan-

genenlager errichtet, in dem bereits im Oktober 1914 mehr als 13 000 Gefangene saßen. Der Truppenübungsplatz wurde in den Jahren 1935 bis 1938 auf 70 Hektar erweitert, nach dem 2. Weltkrieg wurden dort sowjetische Truppen stationiert. Im Jahr 1992 wurde die Fläche als Naturschutzgebiet ausgewiesen.

In der Diskussion wurde Alexej Gromyko nach der Aussage seines Großvaters Andrej Gromyko „Lieber zehn Jahre verhandeln als einen Tag Krieg“ gefragt. Gromyko erläuterte, daß der langjährige sowjetische Außenminister, der im Westen als „Mr. No“ bezeichnet wurde, sein ganzes Leben dem Kampf gewidmet hatte, daß in Europa kein Krieg mehr geführt würde, und in diesen Zusammenhang gehöre das Zitat. Gromyko erinnerte daran, daß die Zeit bis zum Jugoslawienkrieg in Europa eine Zeit ohne Krieg war und verwies dabei auf die Bedeutung der Helsinki-Akte. Jetzt aber erlebe man zum zweiten Mal Krieg in Europa. Zudem gebe es um Europa herum viele Kriegsschauplätze und Plätze, die zu Kriegsschauplätzen werden könnten. Gromyko hob hervor: „Wir brauchen die Kultur des Dialogs.“

Mit Blick auf die Frage zur Beschäftigung der russischen Jugend mit dem 1. Weltkrieg führte Alexander Makarytschew aus, daß es unter Jugendlichen im Prinzip keine Beschäftigung damit gebe, die Öffentlichkeit aber in letzter Zeit allgemein stärker interessiert an der Frage sei.

In einem Zwischenbericht sprach Inna Grubmaier von der Puschkin-Gesellschaft in den USA über russische Grabstätten in Zagreb.

Das zweite Podium ging dem Thema „Die Toten des 2. Weltkriegs, sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter in Deutschland und der Umgang mit der Erinnerung“ nach.

Der Historiker Iskander Giljasow von der Universität Kasan berichtete über den Umgang mit Muslimen im 1. und 2. Weltkrieg. Er forscht zum Umgang mit turkmu-slimischen Gefangenen in Deutschland. In beiden Kriegen gerieten turkmu-slimische Soldaten in deutsche Gefangenschaft, und die deutsche Seite pflegte ei-

nen besonderen Umgang mit ihnen. Im Verlauf des 1. Weltkriegs stieg der Anteil der turkmu-slimischen Soldaten in der russischen Armee von drei auf etwa zehn Prozent. Auf deutscher Seite wurde der Versuch unternommen, die Gefangenen für eine Politik gegen die Entente zu nutzen beziehungsweise den Islam zu nutzen, um den anderen Kriegsmächten zu schaden. Daher wurden in der Nähe von Wünsdorf zwei Sonderlager mit einer Vorzugsbehandlung für turkmu-slimische Gefangene eingerichtet. Die Vorzugsbehandlung bestand in der Einrichtung einer Lagermoschee und größerer materieller Unterstützung. Während des 2. Weltkriegs gab es eine vergleichbare Situation, so daß von deutscher Seite „der Islam als wichtigstes Bollwerk gegen die Entwurzelung der ‚Osttürken‘“ benannt wurde. Es gab bereits 1941 eigene Sammel-lager für muslimische Kriegsgefangene, ab 1942 wurde versucht, rein mohammedanische Einheiten aufzubauen. Zuvor waren alle Völker der Sowjetunion als Untermenschen bezeichnet worden, aber mit dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie gab es den Übergang zum Versuch, Kriegsgefangene in den Krieg gegen die Sowjetunion einzubeziehen.

Ilja Ratnikow vom Büro Kriegsgräberfürsorge und Gedenkarbeit der russischen Botschaft beschrieb die rechtliche Grundlage der Arbeit des Büros. Das Büro arbeite an einer Art Register für alle Kriegsgräberstätten. Derzeit gingen sie von 4 085 Grabstätten in ganz Deutschland und 680 000 Verstorbenen aus. Die Schicksalsklärung sei ein großer Teil ihrer Arbeit, eine wichtige Frage sei zudem die Verewigung der Namen und der Totenlisten. Der Zustand der Grabstätten sei relativ gut, aber etwa fünf Prozent benötigten eine gründliche Renovierung.

Der Historiker Alexander Charitonow von den Sächsischen Gedenkstätten berichtete, daß das „Projekt sowjetische Kriegsgefangene“ der Gedenkstätten seit dem Jahre 2000 arbeitet. Begonnen wurde zunächst mit der Schicksalsklärung von Offizieren, über die Jahre erfolgte eine Ausweitung auf einfache Soldaten und später auch auf deutsche Kriegs-

gefangene, von denen es nach russischen Angaben 2,4 Millionen, nach deutschen Angaben 3,6 Millionen gab, von denen etwa 2 Millionen Rückkehrer waren. Informationen über Gefallene hätten sie auch an andere GUS-Staaten übermittelt. So habe die Botschaft Kasachstans ein Gedenkbuch über kasachische Kriegsgefangene herausgegeben. Mit Blick auf die Arbeit führte er die Aufarbeitung in Bayern an, bei der man zunächst von 100 Friedhöfen mit sowjetischen Grabstätten ausgegangen sei, mittlerweile habe man über 300 Friedhöfe, auf denen sowjetische Gefangene be-



Grabmal für russische Kriegsgefangene im 1. Weltkrieg

graben sind, erfaßt.

In der Diskussion führte Ilja Ratnikow aus, daß die Anzahl der Kriegsgräber unklar sei und es immer noch um ungefähre Zahlen gehe. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen hätten lange die Information erhalten, ihre Verwandten seien vermißt. Erst heute hören sie, daß ihr Angehörigen in einem Kriegsgefangenenlager waren.

Das dritte Podium befaßte sich mit dem Thema „Vergessene sowjetische Gräber auf deutschem Boden. Aktuelle und zukünftige Herausforderungen in der russischen und deutschen Erinnerungskultur nach Abzug der sowjetischen/russischen Truppen aus Deutschland“.

Leonti Schewzow, letzter Befehlshaber der 1. Gardepanzerarmee in Dresden, forderte die Schaffung von internationalen Strukturen zur Bewahrung der

Kriegsgräberstätten. Die Westgruppe habe sich um die Gräberstätten im Rahmen ihrer Möglichkeiten gekümmert. Bezogen auf die aktuelle Situation meinte er, daß es zwar keinen Kalten Krieg, aber doch einen Kühlen Krieg gebe.

Wolfgang Schälike erinnerte an die logistische Leistung des Abzugs der Westgruppe. 560 000 Angehörige darunter 90 000 Kinder hätten Deutschland verlassen. Zu den Hinterlassenschaften zählten auch 17 000 Tote, die nach dem 31. März 1952 in Deutschland gestorben seien, das Schicksal dieser Gräber sei unklar, da es eine vertragliche Verpflichtung nur für die Pflege der Gräberstätten der Kriegstoten des 1. und 2. Weltkrieges gebe. Die Garnisonsfriedhöfe werden von den Gemeinden gepflegt, und nach den deutschen Gesetzen können die Gräber nach 25 Jahren eingeebnet werden. Es gehe also um die Frage, ob diese Gräber bewahrt werden können, auch als Teil des Gedenkens.

Wladimir Wassiljew vom Veteranenverband der Westgruppe beschäftigte sich mit der Situation rund um den Garnisonsfriedhof in Dresden, wo es städtische Pläne gebe, die Gräber aus der Zeit nach 1952 einzuebnen.

Auch Holger Hase, Vorsitzender des Vereins DenkMalFort, führte mit Blick auf den Garnisonsfriedhof in Dresden aus, daß es bis heute keine verbindliche Regelungen über die Gestaltung und Pflege der Gräber ab 1952 gebe. Letztlich bedürfe es eines konkreten politischen Auftrages. Doch auch von den zuständigen russischen Behörden liege keine klare Aussage zum Friedhof vor. Aus seiner Sicht gehören alle Teile des Friedhofs zur lückenlosen Dokumentation der sowjetischen Präsenz in Dresden, sie könnten Stadtgeschichte auch für junge Menschen erlebbar machen.

Die Konferenz fand ihre Fortsetzung am zweiten Tag, an dem die Konferenzteilnehmer Gelegenheit hatten, Friedhöfe und Gedenkstätten aus dem 1. und 2. Weltkrieg in Dresden und Umgebung sowie den Dresdner Garnisonsfriedhof selbst in Augenschein zu nehmen.

Peter Franke, Berlin



Am 26. November 2014 fand aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Stiftung West-Östliche Begegnungen in Berlin eine Konferenz zum Thema „Dialog, Zusammenarbeit, Teilhabe von Ost und West in einer sich wandelnden Welt“ statt. Im Podium „Über sieben Brücken mußt du gehen!“ wurde über Erfahrungen beim Austausch zwischen Deutschland, Europa und Zentralasien diskutiert. Das zweite Podium befaßte sich mit Erfahrungen zum Beitrag der Öffentlichen Hand und des Bürgerengagements. Einen beeindruckenden Vortrag hielt Professor Dr. Johannes Grotzky zum Thema „Das Eine Haus Europa für Ost und West verankern“. Die Konferenz endete mit einem Podium, das sich vor allem dem Jugendaustausch widmete. Matthias Platzeck, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, warb in seinem Festvortrag um Verständnis für Rußland, mahnte aber zugleich einen Wertewandel und Modernisierung an. Der EU warf er vor, die Chance vertan zu haben, Rußland in den Prozeß der Annäherung der Ukraine an die EU einzubinden. Dem hielt der moldavische Botschafter Aureliu Ciocio entgegen, daß es Rußland 2008 abgelehnt hätte, sich in die östliche Partnerschaft einzubinden. Zudem warf Coicoi einen Blick auf Moldova und die bevorstehende Parlamentswahl.

BDWO, Friedrichstr. 176-179, Zimmer 618, 10117 Berlin  
 Tel.: 030/20455120, Fax: 030/20455118 e-mail: info@bdwo.de  
 www.bdwo.de • www.facebook.com/bdwo.de



Am 6. und 7. November 2014 fand im russischen Wladimir die 2. Netzwerkkonferenz des Projekts „Verankerung inklusiver Strukturen in der Kommune als Beitrag zur Verwirklichung elementarer Menschenrechte“ statt. Es ist ein Projekt des Bundesverbandes Deutscher West-Ost Gesellschaften und der russischen Unterstützungsorganisation für Kinder und Erwachsene mit geistigen und körperlichen Behinderungen „Gleiche Chancen“ mit Sitz in Pskow/Rußland und wird vom deutschen Auswärtigen Amt gefördert. An der Konferenz nahmen über 40 Personen teil, darunter Vertreter der Städtepartnerschaften Pforzheim-Irkutsk, Oldenburg-Machatschkala, Tübingen-Petrosawodsk, Essen-Nischni Nowgorod, Erlangen-Wladimir und Berlin-Moskau. Das Konferenzprogramm umfaßte eine Reihe von Impulsvorträgen und Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenstellungen. Konkrete Absprachen zur weiteren Zusammenarbeit in den Städtepartnerschaften wurden getroffen, zudem gab es die Möglichkeit, Einrichtungen für Behinderte zu besuchen.



Am 24. Oktober 2014 fand in Salzburg auf Einladung der Österreichisch Russischen Freundschaftsgesellschaft ein Treffen der russisch-bilateralen Gesellschaften in Europa statt. An diesem ersten Treffen nahmen Gesellschaften aus Deutschland, darunter das Deutsch-Russische Forum und der BDWO, Finnland und Österreich teil. Ziel der Zusammenkunft war ein erstes Kennenlernen und die Diskussion einer künftigen engeren Zusammenarbeit. Vor dem Hintergrund der aktuell schwierigen Beziehungen zwischen der EU und Rußland wurde zudem über die gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen und die aktuelle Situation in den einzelnen Ländern diskutiert. Beraten wurde über die nächsten Schritte sowie über konkrete Aktivitäten, um sich auf europäischer Ebene stärker bemerkbar zu machen. Man kam überein, sich regelmäßig auszutauschen und das nächste Treffen im Jahre 2015 in Berlin durchzuführen.



Am 5. Dezember 2014 fand ein Arbeitstreffen von kommunalen und gesellschaftlichen Aktiven in den deutsch-belarussischen Städtepartnerschaften in der Botschaft der Republik Belarus mit Teilnehmern aus 15 der insgesamt 20 Städtepartnerschaften statt. Die Teilnehmer wurden vom Gesandten Sergej Malinowski begrüßt, der sie über die aktuelle Situation in Belarus informierte. Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung West-Östliche Begegnungen Dr. Helmut Domke erinnerte an die 8. deutsch-belarussische Städtepartnerkonferenz in Frankfurt/Oder und die dort erarbeiteten Arbeitspunkte wie Verbesserung der Kommunikation zwischen den Städten und das Heranführen von Jugendlichen an die Städtepartnerschaften. Im weiteren Verlauf wurden konkrete Projekte vorgestellt und mögliche Themenkomplexe für die 9. Städtepartnerschaftskonferenz im belarussischen Neswitsch diskutiert. Die Teilnehmer sprachen sich mit Blick auf die Verbesserung der Kommunikation dafür aus, beim deutschen Auswärtigen Amt anzuregen, daß die deutsche Botschaft in Belarus zu einem ähnlichen Treffen von kommunalen und gesellschaftlich Aktiven aus belarussischen Städten einlädt.